



Europäischer Wirtschafts-
und Sozialausschuss

STELLUNGNAHME

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Preiserhöhungen für Verkehr, Energie und Wohnraum: hochwertige öffentliche Dienstleistungen zur Bewältigung der hohen Lebenshaltungskosten

Preiserhöhungen für Verkehr, Energie und Wohnraum: hochwertige öffentliche
Dienstleistungen zur Bewältigung der hohen Lebenshaltungskosten
(Initiativstellungnahme)

TEN/846

Berichterstatter: **Thomas KATTNIG**

www.eesc.europa.eu

DE

Beschluss des Plenums	5/12/2024
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 der Geschäftsordnung
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft
Annahme im Arbeitsorgan	7/4/2025
Verabschiedung im Plenum	30/4/2025
Plenartagung Nr.	596
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	154/13/26

Präambel

Diese Stellungnahme ist Teil eines größeren Pakets von Stellungnahmen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) zur Lebenshaltungskostenkrise. Im Rahmen dieses Pakets untersucht der EWSA die verschiedenen Facetten dieser politischen Herausforderung und legt den europäischen und nationalen politischen Entscheidungsträgern, Organisationen der Zivilgesellschaft und sonstigen Interessenträgern umfassende und weitreichende Empfehlungen vor. Das Paket besteht aus sieben Einzelstellungnahmen¹, die sich jeweils mit einem konkreten Politikbereich befassen. Zusätzlich werden in einer Rahmenstellungnahme² übergreifende politische Empfehlungen zur Bewältigung der Lebenshaltungskostenkrise insgesamt und zur Stärkung der Resilienz gegenüber künftigen Krisen formuliert.

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

- 1.1 Der Anstieg der Energiepreise und die damit verbundene hohe Inflation haben seit 2021 in vielen Wirtschaftssektoren zu erheblichen Kostensteigerungen geführt. Infolgedessen sind die Lebenshaltungskosten für Bürger und Unternehmen drastisch gestiegen, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und die sozialen Kosten.
- 1.2 Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) können sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger und sämtliche Akteure Zugang zu jenen essenziellen Dienstleistungen haben, die jetzt und in Zukunft die Grundlage eines menschenwürdigen Lebens bilden. Darüber hinaus können sie aufgrund ihrer Gemeinwohlorientierung die Auswirkungen von Inflation und Krisen abmildern. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) ist der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten die Flexibilität, Wahlfreiheit und Autonomie brauchen, öffentliche Dienstleistungen nach ihrer Wahl und ihren Bedürfnissen und Traditionen entsprechend zu organisieren, während gleichzeitig hohe Standards wie Qualität, Sicherheit, Bezahlbarkeit und universeller Zugang gewährleistet werden müssen.
- 1.3 Angesichts der dramatischen geopolitischen Turbulenzen der jüngsten Zeit begrüßt der EWSA die Bemühungen der Kommission um eine flexiblere Gestaltung des EU-Haushaltsrahmens. Gleichzeitig bedarf es eines breiter angelegten Konzepts für Sicherheits- und Verteidigungsmaßnahmen sowie für DAI, damit wachstumsorientierten öffentlichen Investitionen Vorrang eingeräumt werden kann und eine Konkurrenz zwischen Verteidigungs- und Sozialausgaben vermieden wird, insbesondere für Länder mit begrenztem haushaltspolitischem Spielraum. Der Abbau von Subventionen für fossile Brennstoffe kann eine kurzfristige Unterstützung für finanziell schwächere Haushalte und dauerhaftere Lösungen für

¹ [CCMI/239 „Reindustrialisierung Europas – Chancen für Unternehmen, Beschäftigte und Bürger vor dem Hintergrund der Krise der Lebenshaltungskosten“](#) (in Erarbeitung), EWSA-Stellungnahme [„Die Krisen überwinden – Maßnahmen für eine resiliente, von Zusammenhalt geprägte und inklusive europäische Wirtschaft“](#) (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht), EWSA-Stellungnahme [„Funktionale Schwachstellen des Binnenmarktes als Ursache für steigende Lebenshaltungskosten“](#) (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht), EWSA-Stellungnahme [„Subventionen für fossile Brennstoffe abbauen und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit Europas sichern, die Lebenshaltungskostenkrise eindämmen und einen gerechten Übergang fördern“](#) (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht), REX/596 [„Fragmentierung von Lieferketten und Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten“](#) (in Erarbeitung), SOC/823 [„Kaufkraftverlust und Gefahr zunehmender Ungleichheit, Ausgrenzung und Marginalisierung – mögliche Abhilfemaßnahmen“](#) (in Erarbeitung), EWSA-Stellungnahme [„Preiserhöhungen für Verkehr, Energie, Wohnraum: hochwertige öffentliche Dienstleistungen zur Bewältigung der hohen Lebenshaltungskosten“](#) (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

² ECO/660 [„Empfehlungen der organisierten Zivilgesellschaft zur Bewältigung der Krise der Lebenshaltungskosten“](#) (in Erarbeitung).

dekarbonisierte Strom- und Heizungssysteme, Renovierungen und den Zugang zu erschwinglichen DAI ermöglichen. Die Sonderregeln betreffend DA(W)I in Bezug auf das Beihilfe- und Vergaberecht bedürfen einer gründlichen Überarbeitung.

- 1.4 Dem öffentlichen Verkehr kommt eine entscheidende Bedeutung zu, wenn es darum geht, eine qualitativ hochwertige, universelle und leistbare Mobilität sicherzustellen. Daher müssen soziale und ökologische Investitionen in einen multimodalen und vernetzten öffentlichen Verkehr getätigt werden. Darüber hinaus leiden zu viele Bürgerinnen und Bürger unter Energie- und Mobilitätsarmut. Um das Problem der Mobilitätsarmut anzugehen, werden eine eindeutige Definition, verbindliche Ziele und der Austausch bewährter Verfahren gebraucht. Weitere wichtige Instrumente gegen Energie- und Mobilitätsarmut sind der Klima-Sozialfonds und Klima-Sozialpläne.
- 1.5 Der EWSA unterstützt einen beschleunigten Netzausbau und den Ausbau erneuerbarer Energien durch schnellere und vereinfachte Genehmigungsverfahren, die Förderung der Eigenstromerzeugung großer Verbraucher aus erneuerbarer Energie und den Ausbau transeuropäischer Netze als kritische Infrastruktur. Die im Vorjahr eingeführte Reform des Strommarkts kann nur ein erster Schritt bei der Trennung der Strom- und Gaspreise sein.
- 1.6 Mieten und Wohnungspreise sind in den letzten zwei Jahrzehnten EU-weit deutlich stärker gestiegen als das durchschnittlich verfügbare Einkommen, weshalb von einem Marktversagen zu sprechen ist. Der EWSA ist der Auffassung, dass öffentliche Investitionen in barrierefreien und leistbaren Wohnbau im neuen mehrjährigen Finanzrahmen Priorität haben sollten. Eine Vereinfachung der Vorschriften sowie Forschung und Innovation können die Bautätigkeit beschleunigen und die Baukosten senken. Besonderes Augenmerk sollte auf Sozialwohnungen und erschwinglichen Wohnraum für junge Menschen gelegt werden, da diese stark unter den hohen Wohnkosten leiden.

2. Einleitung

- 2.1 Ab der zweiten Jahreshälfte 2021 stieg die Inflation in den EU-Mitgliedstaaten stark an. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) erreichte im Oktober 2022 mit 11,5 % den Höhepunkt in der EU. Im Jahr 2023 sank der EU-HVPI von 10 % auf 3,4 % und pendelte sich 2024 bei etwa 2,5 % ein.³ Die Inflation liegt jedoch nach wie vor über dem Zielwert von 2 %, wenngleich sie in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich hoch ist.
- 2.2 Ausgangspunkt für den immensen Anstieg der Inflation waren die nach der COVID-19-Pandemie gestiegene Nachfrage und die Erhöhung der Energiepreise ab der zweiten Jahreshälfte 2021, die mit den Vorbereitungen Russlands auf den Aggressionskrieg gegen die Ukraine ihren Ausgang nahm. Die Erhöhung der Energiepreise führte zu erheblichen Kostensteigerungen in vielen Wirtschaftssektoren mit entsprechenden Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus haben sich die Kosten für Haushalte und Unternehmen drastisch erhöht. Die Kaufkraft wurde eingeschränkt, weil die Belastungen an die Verbraucher weitergegeben wurden. Ab der zweiten Jahreshälfte 2023 haben sich auch die Wohnkosten zu

³ Eurostat: [HVPI – Monatliche Daten \(jährliche Veränderungsrate\)](#).

einem signifikanten Inflationsfaktor entwickelt.⁴ Verschiedene geopolitische und soziale Herausforderungen haben in Kombination mit strengen Haushaltsregeln sowie ungleich umverteilten Marktlagengewinnen (vor allem von Energieunternehmen und Banken), unzureichendem Sozialschutz und unfairen nationalen Steuerpolitiken zur Vertiefung sozialer Ungleichheiten in einigen Mitgliedstaaten beigetragen.⁵

- 2.3 Die Inflation führt zu einem Kaufkraftverlust, wenn die Löhne nicht in gleichem Maße steigen, wovon besonders sozial Schwächere betroffen sind. Insgesamt sind zwischen 8 % und 16 % (35–72 Millionen) der Menschen in der EU mit Energiearmut konfrontiert.⁶ Frauen mit niedrigem Einkommen, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, junge Menschen und alleinlebende Rentnerinnen und Rentner sind besonders stark betroffen. Gleichzeitig wurde bei der Kinderarmut im Jahr 2023 ein deutlicher Anstieg auf 24,8 % verzeichnet.⁷
- 2.4 Mit den neuen EU-Vorschriften für den Emissionshandel wird das Emissionshandelssystem (EHS) auf den Gebäude- und den Straßenverkehrssektor ausgeweitet. Die Preise für Emissionszertifikate werden künftig steigen. Der EWSA weist darauf hin, dass diese Preiserhöhungen durch eine Aufstockung des Klima-Sozialfonds und weitere Maßnahmen in den Klima-Sozialplänen der Mitgliedstaaten für finanziell schwächere Haushalte und Unternehmen abgefedert werden müssen, die zügig vorgelegt, überwacht und genau bewertet werden sollten.
- 2.5 Eine hohe Inflation, die primär durch steigende Preise für importierte fossile Brennstoffe (2022 waren dies 604 Mrd. Euro) verursacht wird⁸, führt dazu, dass Kapital an ausländische Unternehmen und in die Gewinne großer Konzerne abfließt. Anders verhält es sich bei inflationsbedingten Lohnsteigerungen, da das zusätzliche Einkommen überwiegend im Inland verbleibt.⁹
- 2.6 In Anbetracht dieser wirtschaftlichen Lage und der geopolitischen Entwicklungen wird die Frage der Wettbewerbsfähigkeit zu einer zentralen Herausforderung für Europa. Mit den Berichten von Letta und Draghi will die Kommission die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft stärken. Der EWSA ist der Auffassung, dass Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit auch dazu beitragen müssen, den Wohlstand und das Wohlergehen aller sowie die soziale Resilienz zu fördern.
- 2.7 In seinem Bericht zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit betont Draghi die Bedeutung von DAI für Innovationskraft, nachhaltiges Wachstum, die wirtschaftliche Sicherheit Europas und soziale Vorsorge in mehreren Bereichen wie z. B. Energieversorgung, Infrastruktur sowie allgemeine und berufliche Bildung. Besonders wichtig für die Gewährleistung einer

⁴ Eurostat: [HVPI – Monatliche Daten \(jährliche Veränderungsrate\)](#).

⁵ Eurostat: [Einkommensquintilverhältnis S80/S20 für das verfügbare Einkommen nach Geschlecht und nach Altersklassen](#).

⁶ Gemeinsame Forschungsstelle: ["Who is „energy poor“ in the EU? It's more complex than it seems."](#)

⁷ Eurostat: [Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Kinder](#).

⁸ Europäische Kommission: [Aktionsplan für erschwingliche Energie](#).

⁹ [Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten hoher Inflation](#).

dauerhaften Wettbewerbsfähigkeit sind die Qualifikationen und Kompetenzen der Arbeitnehmer. Im Letta-Bericht wird ein Aktionsplan für qualitativ hochwertige DAI gefordert, zu deren Erhalt und Ausbau stabile Steuereinnahmen notwendig sind.

- 2.8 Öffentliche Dienstleistungen werden in Europa unter unterschiedlichen Organisations- und Rechtsformen erbracht. Das Spektrum reicht dabei von privatrechtlichen Organisationsformen bis zur Beauftragung Dritter im Wege der Verwaltungszusammenarbeit. DAI können in unterschiedlichen Umfeldern erbracht werden, entweder auf wettbewerbsorientierten Märkten als wirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAWI) oder als nichtwirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die von diesen Märkten ausgeschlossen sind.
- 2.9 DAI tragen erheblich zur Wertschöpfung und Beschäftigung bei und stärken die Widerstandsfähigkeit der EU, insbesondere in Krisenzeiten wie der COVID-19-Pandemie und der Energiekrise. Im Jahr 2021 erwirtschafteten die DAI 28,4 % der gesamten Wertschöpfung in der EU.¹⁰ Durch die Ausweitung von Investitionen in Schlüsselbereichen wie Energie und Gesundheit steigt auch die Qualität der DAI. Aufgrund ihrer gemeinwohlorientierten Ausrichtung auf das allgemeine Interesse können sie inflationshemmend wirken.
- 2.10 Der Zugang zu DAWI ist Teil der Grundrechte und der europäischen Säule sozialer Rechte. Während in Grundsatz 20 ausdrücklich die „essenziellen“ DAI erwähnt werden, werden in weiteren ihrer Grundsätze wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge umrissen, wie z. B. Bildung, Wohnraum und Hilfe für Wohnungslose, Langzeitpflege, Inklusion von Menschen mit Behinderungen und Gesundheitsvorsorge. DAI sind Bestandteil der gemeinsamen europäischen Werte im Sinne von Artikel 14 AEUV, wie sie im Protokoll Nr. 26 über DAI im Anhang zum EUV und zum AEUV sowie Artikel 36 der EU-Grundrechtecharta niedergelegt sind.
- 2.11 DAI leisten einen wichtigen Beitrag, wenn es darum geht, den grünen und den digitalen Wandel umzusetzen, einen sozial gerechten Übergang, bei dem niemand zurückgelassen wird, sicherzustellen und gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhalt zu garantieren. Dies wird aber nur gelingen, wenn die Menschen erkennen, dass dieser Umbau mit Vorteilen für Mensch, Natur und Wirtschaft verbunden ist und nicht zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Arbeitsplätze, der sozialen Sicherheit und der Qualität der DAI-Leistungen geht.

3. **Allgemeine Bemerkungen**

- 3.1 DAI können sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen Zugang zu jenen essenziellen Dienstleistungen haben, die jetzt und in Zukunft die Grundlage eines menschenwürdigen Lebens bilden. Das europäische Sozialmodell mit qualitativ hochwertigen und leistbaren DAI ist essenziell für die soziale Resilienz sowie für die Sicherheit und Verteidigung Europas und die Grundlage des Klimaschutzes, eine resiliente und wettbewerbsfähige Wirtschaft und Grundlage des sozialen Zusammenhalts in der EU. Darüber

¹⁰ Statistische Aktualisierung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) – Föderales Planungsbüro, Belgische Regierung – Mai 2024.

hinaus können DAI aufgrund ihrer Ausrichtung auf das Gemeinwohl die Auswirkungen von Inflation und Krisen abmildern. Die Mitgliedstaaten brauchen die Flexibilität und Autonomie, öffentliche Dienstleistungen nach ihren eigenen Bedürfnissen und Traditionen zu organisieren, während gleichzeitig hohe Standards wie Qualität, Sicherheit, Bezahlbarkeit und universeller Zugang gewährleistet werden müssen.

- 3.2 Den Beschäftigten im Bereich der öffentlichen DA(W)I kommt eine wichtige Rolle bei der Erfüllung dieser Aufgaben zu. Es braucht dringend Investitionen in die DA(W)I, um deren Qualität zu verbessern, die Leistbarkeit und den universellen Zugang für die Bevölkerung zu steigern und die Wirtschaft anzukurbeln. Gut ausgebaute DA(W)I bringen die Menschen und die Wirtschaft besser durch die Krisen und sichern zudem viele Arbeitsplätze. Die finanziellen und personellen Ressourcen sind sicherzustellen, Arbeitsbedingungen attraktiver zu gestalten, eine faire Entlohnung sicherzustellen und Ausbildungsmaßnahmen voranzutreiben. Außerdem müssen die zivilgesellschaftliche sowie die sozialpartnerschaftliche Mitbestimmung, insbesondere der soziale Dialog, ausgebaut werden.
- 3.3 Bei der Erbringung von DAWI nach gewinnorientierten Logiken ohne ausreichende Regulierung und Überwachung werden vielfach die Krisenanfälligkeit gesteigert und Steuerungsmöglichkeiten reduziert. Deshalb ist die Orientierung an Gemeinwohl und Gemeinnützigkeit zu stärken. Angemessene Finanzierung und Investitionen in DAI sind der Schlüssel. Angesichts der zunehmenden Bedrohungen muss die EU mittels einer umfassenden Sicherheitspolitik Sicherheit, Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und sozialen Fortschritt anstreben. Zunächst einmal unterstützt der EWSA die Bemühungen der Kommission, den EU-Haushaltsrahmen in diesem Zusammenhang flexibler zu gestalten. Der EWSA spricht sich dafür aus, diese Regel im Rahmen eines umfassenderen Konzepts für Sicherheits- und Verteidigungsmaßnahmen sowie für DAI anzuwenden, damit wachstumsorientierten öffentlichen Investitionen Vorrang eingeräumt werden kann und eine Konkurrenz zwischen Verteidigungs- und Sozialausgaben vermieden wird. Angesichts des Wirtschaftsabschwungs im Euro-Währungsgebiet und in der Union insgesamt ist Flexibilität erforderlich, um die Produktivität und die sozialen und ökologischen Grundlagen für das Wohlergehen künftiger Generationen zu sichern und gleichzeitig die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten.
- 3.4 Die Subventionierung fossiler Brennstoffe schränkt weiterhin den haushaltspolitischen Spielraum der Mitgliedstaaten für die Finanzierung anderer Prioritäten ein, wie z. B. von qualitativ hochwertigen DAI sowie von langfristigen, nachhaltigen Maßnahmen zur Abmilderung der Lebenshaltungskostenkrise und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Ein Abbau der Subventionen für fossile Brennstoffe auf der Grundlage einer Kosten-Nutzen-Analyse kann eine kurzfristige Unterstützung für sozial schwächere Haushalte und dauerhaftere Lösungen für dekarbonisierte Strom- und Heizungssysteme ermöglichen, einhergehend mit der Renovierung des Wohnungsbestands, der Verringerung der Mobilitätsarmut und der Bereitstellung qualitativ hochwertiger DAI. Ziel ist es, die Preise zu senken.
- 3.5 Das Wettbewerbsrecht, insbesondere auch das Beihilfe- und Vergaberecht, begrenzt die Gestaltungsfreiheit und Finanzierung bei DA(W)I. Die Sonderregelungen im Rahmen des

DAWI-Pakets¹¹ müssen gründlich überarbeitet werden. Es bedarf einer klaren Abgrenzung, welche DAI vom Beihilferecht ausgenommen sind. Des Weiteren regt der EWSA an, für bestimmte DAWI wie Wohnbau, Gesundheitswesen oder soziale Dienstleistungen eine höhere Beihilfeintensität und längere Laufzeiten für den Ausgleich der Dienstleistungserbringungen vorzusehen. Zur Förderung des regionalen und europäischen Mehrwerts sollte die Direktvergabe durch Erhöhung der Schwellenwerte sichergestellt und ausgeweitet werden. Die Vergabe allein aufgrund des preislich niedrigsten Gebots sollte abgeschafft werden, um die beste und effizienteste Art der Dienstleistungserbringung zu fördern, Subunternehmerketten sollten verkürzt oder eine Generalunternehmerhaftung vorgeschrieben und damit wichtige Elemente auf europäischer Ebene harmonisiert werden. Außerdem sollte die Laufzeit von Verträgen für soziale Dienstleistungen, die auf drei Jahre begrenzt ist, verlängert werden, um sowohl den Anbietern als auch den Kunden Planungssicherheit zu geben.

- 3.6 Die kommunale Ebene basiert auf guten DAI, deshalb ist es ein essenzielles Interesse, diese auch auf EU-Ebene nachhaltig abzusichern. Klimaschutz und Klimawandelmaßnahmen sind nur dann realistisch umsetzbar, wenn die soziale Absicherung garantiert ist. Nur in einem sozial und wirtschaftlich gesicherten Umfeld ist es realistisch, dass Klimaschutz von breiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert und mitgetragen wird.
- 3.7 Der EWSA begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen Aktionsplan zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte angekündigt hat, und hofft, dass dieser zur Stärkung der DAI beiträgt.
- 3.8 Der EWSA ist der Auffassung, dass eine gute Datenbasis für die Erfüllung der vier Schlüsselkriterien Verfügbarkeit, Zugänglichkeit, Erschwinglichkeit und Angemessenheit von DAI von wesentlicher Bedeutung sind. Die Verfügbarkeit von Daten ist beispielsweise im Wohnungssektor sowie beim Austausch zwischen DAI, Behörden und Wissenschaft wichtig.

4. **Besondere Bemerkungen**

Verkehr

- 4.1 Dem öffentlichen Verkehr kommt eine entscheidende Bedeutung zu, wenn es darum geht, eine qualitativ hochwertige, universelle und leistbare Mobilität sicherzustellen. Vor allem ältere, jüngere und finanziell schlechter gestellte Menschen sind auf ihn angewiesen. Außerdem haben die im Zuge der Energiekrise steigenden Treibstoffpreise die Kosten für Wirtschaft und Pendlerinnen und Pendler stark ansteigen lassen. Immer mehr Menschen leiden deshalb unter Mobilitätsarmut.¹² Um das Problem der Mobilitätsarmut anzugehen, werden eine eindeutige Definition, verbindliche Ziele und der Austausch bewährter Verfahren gebraucht.
- 4.2 Sowohl der öffentliche städtische und Regionalverkehr als auch der grenzüberschreitende Fernverkehr müssen ausgebaut werden, um Pendlerinnen und Pendlern sowie Reisenden Freiheit abseits von Auto und Flugzeug zu ermöglichen. Sozial-ökologische Investitionen in

¹¹ Europäische Kommission: [DAWI-Paket](#).

¹² Europäische Kommission: [Transport poverty: definitions, indicators, determinants, and mitigation strategies](#).

einen multimodalen und vernetzten öffentlichen Verkehr müssen deshalb von den EU-Haushaltsregeln ausgenommen werden. Zudem braucht es ab 2026 einen Nachfolger für die Aufbau- und Resilienzfazilität zusammen mit einem wirksamen Governance-Verfahren, damit zusätzliche europäische Mittel für den Ausbau, die Vernetzung und die Modernisierung vor allem des Schienennetzes zur Verfügung stehen. Zusätzliche Finanzmittel und der Ausbau der Kapazitäten des öffentlichen Verkehrs und des multimodalen Schienenverkehrs könnten den durch die Umstrukturierung der Wirtschaft bedingten Verlust von Arbeitsplätzen in anderen Sektoren abfangen.

- 4.3 Um den Warentransport auf der Schiene attraktiver zu machen, braucht es eine Kombination aus Infrastrukturmaßnahmen, Interoperabilität, Regulierungsanpassungen, finanziellen Anreizen und technologischer Innovation. Der Schienenverkehr muss zuverlässiger, billiger und flexibler werden. Gleichzeitig sollten Unternehmen dazu ermutigt werden, beim Güterverkehr verstärkt auf die Schiene zu setzen.
- 4.4 Der von der EU eingeschlagene Weg der Liberalisierung von Verkehrsdienstleistungen hat in vielen Mitgliedstaaten nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Es besteht kein Zusammenhang zwischen der Qualität der öffentlichen Verkehre und dem Umstand, ob die Verkehre ausgeschrieben werden. Aus diesem Grund muss die Wahlfreiheit für die Mitgliedstaaten bezüglich Direktvergabe oder Ausschreibung gewahrt bleiben. Es ist wichtig, dass qualitativ hochwertige Verkehrsdienste als DAI sowohl im Nah- und Regionalverkehr als auch im Fernverkehr weithin verfügbar sind.

Energie

- 4.5 Im Draghi-Bericht wird betont, dass die hohen Energiepreise in der EU ein wesentlicher Wettbewerbsnachteil sind. Der EWSA unterstützt einen beschleunigten Netzausbau und den Ausbau erneuerbarer Energien durch schnellere und vereinfachte Genehmigungsverfahren, die Förderung der Eigenstromproduktion der Verbraucher, die Gründung und Förderung von Energiegemeinschaften und den Ausbau transeuropäischer Netze als kritischer Infrastruktur.¹³
- 4.6 Im Zuge der Energiekrise führte die Kopplung der Strompreise an den Gaspreis dazu, dass Strom teurer wurde, auch bei jenen Kraftwerken, die gar keine Steigerung der Kosten zu tragen hatten. Die von Seiten der EU eingeführte befristete Gewinnabschöpfung hat sich deshalb als wichtiges Element gezeigt. Energieunternehmen sollten stärker gemeinwohlorientiert agieren und niedrige Erzeugungskosten an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben. Die im Vorjahr eingeführte Reform des Strommarkts kann nur ein erster Schritt bei der Trennung der Strom- und Gaspreise sein.
- 4.7 Der EWSA weist darauf hin, dass der Strommarkt nicht nur so reformiert werden sollte, dass er dem Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2050 entspricht, sondern dass dies mit den Zielen der Versorgungssicherheit und stabiler und erschwinglicher Preise verbunden werden muss.¹⁴

¹³ ABl. C, C/2024/2100, 26.3.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/2100/oj>.

¹⁴ ABl. C, C/2025/1187, 21.3.2025, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2025/1187/oj>.

Energieeffizienz spielt nach wie vor eine Schlüsselrolle und ist besonders wichtig für finanziell schwächere Haushalte.

- 4.8 Zwischen 35 und 72 Millionen Menschen in der EU sind mit Energiearmut konfrontiert. Die Mitgliedstaaten müssen die bestehenden Verpflichtungen umsetzen und die Energiearmut im Rahmen der Klima-Sozialpläne angehen. Diese Pläne sollten zügig vorgelegt, bewertet und genau überwacht werden, und der Klima-Sozialfonds sollte aufgestockt werden. Der EWSA verweist in diesem Zusammenhang auf seine Stellungnahme¹⁵.
- 4.9 Der EWSA begrüßt die Initiative der Europäischen Kommission für einen Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum. Die Wohnungspolitik verbleibt im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten. Der EWSA weist aber darauf hin, dass dringend eine koordinierte Reaktion der EU erforderlich ist, um den Mangel an erschwinglichem und nachhaltigem Wohnraum zu beheben.

Wohnen

- 4.10 Mieten und Wohnungspreise sind in den letzten zwei Jahrzehnten EU-weit deutlich stärker gestiegen als das durchschnittlich verfügbare Einkommen, weshalb von einem Marktversagen zu sprechen ist. Die konzertierte europäische Sparpolitik infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 hat die Möglichkeiten der nationalen, regionalen und lokalen Regierungen, erschwinglichen und angemessenen Wohnraum zu schaffen, enorm eingeschränkt. Dies führte zu einem Rückgang des Bestands an Wohnraum in Europa.¹⁶ Gentrifizierung und die Schattenwirtschaft, z. B. Schwarzvermietung, sowie goldene Visa, Kurzzeitvermietungen und massive Aufkäufe durch große Investmentfonds haben die Lage in einigen Ländern und Städten weiter verschärft. Der EWSA verweist in diesem Zusammenhang auf weitere Forderungen der Stellungnahme¹⁷.
- 4.11 Der EWSA fordert die Kommission auf, die Mitgliedstaaten gegebenenfalls mit Empfehlungen zur Bereitstellung eines Instrumentariums zur Eindämmung der außer Kontrolle geratenen Mietentwicklungen zu unterstützen, einschließlich beispielsweise einer gesetzlichen Regulierung der Mieten, einer Leerstandsabgabe für unvermietete Wohnimmobilien, raumplanerischer Instrumente, wie z. B. die Besteuerung von Umwidmungsgewinnen und die Umwidmung für den gemeinnützigen Wohnbau, und steuerlicher Anreize für die Renovierung von Wohngebäuden, mehr Sozialwohnungen und Einschränkungen bei Genehmigungen für Kurzzeitvermietung. In diesem Zusammenhang fordert der EWSA die Kommission auf, den Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum möglichst bald vorzulegen und darin insbesondere einen besseren Zugang zu erschwinglichem Wohnraum für junge und ältere Menschen sowie für Menschen mit Behinderungen in den Fokus zu nehmen. Kurzfristig erforderliche Maßnahmen wie die Einrichtung einer EU-weiten Investitionsplattform für erschwinglichen und nachhaltigen Wohnraum oder Änderungen im Beihilferecht für einen

¹⁵ [ABl. C 486 vom 21.12.2022, S. 88.](#)

¹⁶ Europäische Kommission: [Boosting Investment in Social Infrastructure in Europe.](#)

¹⁷ ABl. C, C/2025/771, 11.2.2025, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2025/771/oj>.

breiteren Zugang zu Sozialwohnungen sollten vor der Vorlage des Plans für erschwinglichen Wohnraum durchgeführt werden.

- 4.12 Der EWSA spricht sich für mehr Möglichkeiten für langfristige Investitionen in den sozialen Wohnungsbau aus und ist der Auffassung, dass öffentliche Investitionen in barrierefreien und leistbaren Wohnbau Priorität im neuen mehrjährigen Finanzrahmen haben sollten und nicht unter die in den Haushaltsregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts festgelegten Schuldenregelungen fallen dürfen. Auch öffentlich-private Partnerschaften können zur Finanzierung erschwinglichen Wohnraums beitragen, sofern sichergestellt ist, dass Gewinne und Verluste gerecht auf die Investoren verteilt werden. Mischfinanzierungen unter Einbeziehung privater Investorinnen und Investoren sind nur dann eine Option, wenn sichergestellt ist, dass die Vergabe transparent erfolgt und der öffentlichen Hand dadurch im Vergleich zu einer öffentlichen Finanzierung keine ungerechtfertigten Zusatzkosten entstehen. Umso wichtiger ist es, dass bei derartigen Mischfinanzierungsmodellen Rechte und Pflichten klar definiert, Haftungsfragen geklärt und ein effizientes und schnelles System zur Konfliktlösung vorgesehen werden, um langfristige Zusatzkosten und ungünstige Haftungsfragen zu vermeiden.
- 4.13 Die Finanzierung von erschwinglichem und nachhaltigem Wohnraum ist mit einem erheblichen Mittelaufwand verbunden. Es ist wichtig, die Finanzierungsinstrumente zu vereinfachen und kohärenter zu gestalten. Diesbezüglich sollten die Mittel aus der Kohäsionspolitik gezielt eingesetzt werden, um das Problem des erschwinglichen Wohnraums anzugehen. Der EWSA regt an, den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds systematisch und intensiver für den Bedarf an Wohnraum einzusetzen.
- 4.14 Für den sozialen Wohnungsbau muss für den Zeitraum 2024–2029 ein realistisches EU-Ziel für Neubau, Renovierung und Leerstand festgelegt werden. Dazu müssen die Mitgliedstaaten u. a. verpflichtend einen ausreichenden Anteil des Bodens für gemeinnützigen Wohnraum zur Verfügung stellen. Eine Vereinfachung der Vorschriften sowie Forschung und Innovation können die Bautätigkeit beschleunigen und die Baukosten senken. Für Investoren ist Rechtssicherheit ausschlaggebend.
- 4.15 Der EWSA fordert
- die Mobilisierung sowohl privater als auch öffentlicher Investitionen,
 - einen besseren Zugang zu Hypothekenkrediten für Haushalte und junge Menschen mit Vorkehrungen zur Vermeidung einer Zunahme von Privatinsolvenzen,
 - ein gestrafftes Rechts- und Verwaltungsumfeld für Bauunternehmen mit klaren Vorschriften, mit denen die Bautätigkeit beschleunigt, die Baukosten gesenkt, die Arbeitsbedingungen verbessert, die Nachhaltigkeit verstärkt, angemessene Löhne garantiert und generell Erschwinglichkeit ermöglicht werden können,
 - eine stärkere Förderung von Forschung und Innovation sowie der Digitalisierung durch einen EU-Fonds zur Steigerung der Produktivität der Bauwirtschaft,
 - alle einschlägigen Akteure auf, weiter daran zu arbeiten, die Attraktivität des Sektors zu erhöhen, um den Fachkräftemangel durch bessere Arbeitsbedingungen, Löhne usw. zu beheben.

- 4.16 Der EWSA fordert die Kommission auf, sozial gebundene Mietwohnungen als wesentliches und erfolgversprechendes Instrument einer aktiven Wohnpolitik anzuerkennen. Das Grundrecht auf erschwinglichen, barrierefreien und angemessenen Wohnraum für alle sollte im EU-Primärrecht verankert werden. Darüber hinaus sollten Wohnungsindikatoren in die nationalen Reformprogramme und die Stabilitäts-/Konvergenzprogramme aufgenommen werden.
- 4.17 Um die Wahlfreiheit zu erhalten, sollte erschwinglicher Wohnraum auch in der Nähe des Arbeitsplatzes zur Verfügung stehen. Den Weg zur Arbeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückzulegen, ist die ökologisch und ökonomisch beste Lösung. Bei der Berücksichtigung sozialer Bedürfnisse spielt die Raumplanung eine maßgebliche Rolle, da eine gute Raumplanung den Mobilitätsbedarf verringern und die Lebensqualität steigern kann.
- 4.18 Der EWSA fordert alle Mitgliedstaaten auf, den Grundsatz „Housing First for Youth“ (HF4Y) mit Unterstützung der Kommission anzuwenden und spezielle Programme auszuarbeiten, z. B. für den Ausbau erschwinglicher Unterkünfte für Studierende in Universitätsstädten, um gemeinnützigen leistbaren Wohnraum für junge Menschen auszubauen.

Brüssel, den 30. April 2025

Der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE
